

STELLUNGNAHME ZUM „ENTWURF EINES ZWEITEN GESETZES ZU ÄNDERUNGEN IM BEREICH DER GERINGFÜGIGEN BESCHÄFTIGUNG“ (STAND: FEBRUAR 2022)

1. Anhebung und Dynamisierung der Geringfügigkeitsgrenze werden kritisch bewertet – wie auch Minijobs generell

Der Referentenentwurf sieht vor, die Verdienstgrenze für Minijobs zukünftig auf der Basis einer Beschäftigung von 10 Wochenstunden zum Mindestlohn zu bemessen. Die Geringfügigkeitsgrenze erhöht sich damit bei Umsetzung der geplanten Mindestlohnanhebung auf 520 Euro pro Monat. Diese Grenze soll zusätzlich dynamisiert werden.

Der Familienbund sieht Minijobs generell kritisch und setzt sich für die Förderung von Arbeitsverhältnissen mit ausreichender sozialer Absicherung ein. Minijobs verdrängen reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen – zum Nachteil der Beschäftigten und der Sozialversicherung, die im demografischen Wandel auf Beiträge angewiesen ist. Minijobs sollte es daher nur noch in eng begrenzten Sonderkonstellationen geben (z.B. für Schüler*innen, Student*innen und Rentner*innen).

Obwohl es notwendig wäre, Minijobs einzuschränken, erhöhen die im Entwurf geplanten Änderungen deren Attraktivität. Die geplante Anhebung und Dynamisierung der Geringfügigkeitsgrenze stellt einen Anreiz zur Aufnahme bzw. zum Verbleib in einem Minijob dar und wird vom Familienbund kritisch gesehen. Auch wenn die Absicht, damit erforderliche Vertragsanpassungen zu vermeiden sowie eventuelle (Weiter-)Beschäftigungen unterhalb der Mindestlohngrenze zu verhindern, zunächst nachvollziehbar erscheint, überwiegt für den Familienbund der Gedanke, dass es der falsche Weg ist, Minijobs durch die Anhebung und Dynamisierung der Geringfügigkeitsgrenze dauerhaft zu stärken.

Sollte die im Entwurf geplante Anpassung dennoch erfolgen, ist die Übergangsregelung für Personen, die sich nicht in einem Minijob befinden, aber nach der geplanten Änderung unter die neue Geringfügigkeitsgrenze fallen, eine wichtige Maßnahme, um einer unfreiwillig endenden Sozialversicherungspflicht vorzubeugen.

2. Glättung der Abbruchkante beim Übergang vom Mini- zum Midijob wird begrüßt

Die Aufnahme eines höheren Arbeitsumfangs muss leichter möglich werden als bisher. Daher begrüßt der Familienbund der Katholiken die Absicht des Gesetzentwurfs, die Grenzbelastung beim Übergang in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu reduzieren. Der Familienbund bewertet es als positiv, dass sich auf diese Weise die Mehrarbeit für die Arbeitnehmer*innen beim Übertritt von einem Minijob in einen Midijob auszahlt, indem ein überproportionaler Anstieg der Beitragsbelastung vermieden wird. Es sollte sichergestellt werden, dass dieser Vorteil tatsächlich durchgängig erreicht werden kann.

3. Anhebung der Höchstgrenze im Übergangsbereich (Midijob) wird positiv bewertet

Der Familienbund begrüßt auch die Anhebung der Höchst-

verdienstgrenze im Midijob-Bereich. Damit werden Einkommen bis 1.600 Euro spürbar von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet, ohne Einbußen beim Versicherungsumfang hinnehmen zu müssen. Für Arbeitnehmer*innen im unteren Einkommensbereich bedeutet diese Regelung einen relevanten Anstieg bei Gehalt und Löhnen.

HELFFEN, HOFFEN, BETEN - AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DER FAMILIEN IN DER UKRAINE

Der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine bedeutet für die betroffenen Familien Trennung, Tod und unendliches Leid. Der Familienbund der Katholiken ist zutiefst erschüttert und steht in Gebet und Solidarität an ihrer Seite. Er ruft zu Hilfe und Unterstützung für die Familien in der Ukraine auf. Zugleich fordert er, geflüchtete Familien mit offenen Armen zu empfangen.

Berlin, 04. März 2022 – Präsident des Familienbundes der Katholiken Ulrich Hoffmann verweist auf das Leid der getrennten Familien: „Frauen und Kinder fliehen in die Nachbarländer, die Väter bleiben im Land zur Verteidigung. Die Situation ist herzerreißend. Kinder in der Ukraine müssen Abschied nehmen von ihrem Zuhause, ihren Vätern, Verwandten und Freunden; Frauen müssen Abschied nehmen; Männer müssen Abschied nehmen. In Ungewissheit, ob es überhaupt ein Wiedersehen geben wird.“

Die Not der in der Ukraine bleibenden Familien ist groß. „Für jene, die nicht flüchten, geht es nicht nur um die Gefahren des Krieges und die Verteidigung ihres Landes, sondern auch um die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens. Lebensmittel, warme Kleidung und andere lebensnotwendige Güter werden knapp. Der Krieg macht zudem nicht Halt vor Schulen, Wohnhäusern und Krankenhäusern“, fährt Hoffmann fort.

Der Familienbund erklärt sich solidarisch mit allen Menschen in der Ukraine und ruft zu einer breiten Unterstützung auf.

Viele Hilfsorganisationen haben Notprogramme, Notfallmaßnahmen ins Leben gerufen, um Ukrainerinnen und Ukrainern zu helfen. Hilfstransporte mit Nothilfegütern zur Versorgung der ukrainischen Bevölkerung sowie von Menschen auf der Flucht werden organisiert. Die Caritas rechnet damit, dass Hunderttausende ukrainische Kriegsflüchtlinge langfristig unterstützt werden müssen. Derzeit arbeitet die Organisation an 34 von 37 Caritasstellen in der Ukraine weiter und versorgt Flüchtlinge. Auch in den Nachbarländern unterstützt die Caritas die Hilfen vor Ort.

„Auch hier bei uns können wir unterstützen, wir können Organisationen helfen, die sich um die ankommenden Flüchtlinge kümmern. Wir rufen Familien auf, andere Familien zu unterstützen“ erklärt Hoffmann.

„Neben dem Hoffen auf einen baldigen Frieden sind wir im füreinander Beten vereint. Wir beten zu Gott, der der Gott des Friedens und nicht des Krieges ist, der Vater aller und nicht nur einiger, und der will, dass wir Geschwister sind und nicht Feinde (Papst Franziskus).“

Deutscher Caritasverband. e. V.

Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: +49 761 200-0
+49 761 200-572, info@caritas.de, http://www.caritas.de

Die ganze Welt schaut schockiert auf den eskalierenden Krieg in der Ukraine. Die Caritas hat bereits seit Wochen Vorbereitungen getroffen, Evakuierungspläne ausgearbeitet und ihre Mitarbeitenden auf den Kriegsfall vorbereitet. Denn schnelle Hilfe ist jetzt entscheidend.

"Die Situation ist dramatisch und verändert sich sehr schnell. Wir sind deshalb in ständigem Austausch mit unseren Partnern vor Ort und tun alles dafür, um Menschen in Not in der Ukraine zu unterstützen", sagt Oliver Müller, Leiter von Caritas international.

Hilfe in der Ukraine:

In den Zentren der Caritas erhalten die Menschen warme Mahlzeiten, Decken und einen geschützten Platz zum Schlafen.

In Notunterkünften und an zentralen Ausgabestellen verteilen die Mitarbeitenden der Caritas Lebensmittelpakete, Wasserkanister und Hygieneartikel.

Sozialarbeiter_innen und Psycholog_innen betreuen kriegstraumatisierte Menschen.

Caritas-Mitarbeitende und Freiwillige organisieren den sicheren Transport von vertriebenen Familien zu ihren Angehörigen.

Die Caritas Ukraine hat eine Telefon-Hotlines eingerichtet, denn verlässliche und vertrauenswürdige Informationen sind jetzt überlebenswichtig.

Die Programme für Kinder und Jugendliche werden in den Zentren der Caritas Ukraine aufrecht erhalten, sofern es die Lage erlaubt. Damit Kinder die traumatischen Erlebnisse für einige Momente vergessen können, werden sogenannte "Child Friendly Spaces" aufgebaut. Das sind Schutzräume, wo Kinder spielen, malen und Sport treiben können. Sie werden zudem psychosozial betreut.

Hilfe in den Nachbarländern:

Die Flüchtlingszahlen in den Nachbarländern der Ukraine steigen stetig an. In Polen werden eine Million geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer erwartet, zehntausende Menschen haben bereits Moldawien und Rumänien erreicht und die Warteschlangen vor den Grenzen sind kilometerlang.

Caritas international unterstützt die Flüchtlingshilfe der Caritasverbände in Polen, Slowenien, Moldawien und Rumänien. Die Helferinnen und Helfer vor Ort versorgen die schutzsuchenden Menschen mit Lebensmitteln und Trinkwasser. Außerdem stellen sie Notunterkünfte und Waschmöglichkeiten bereit. Erwachsene und Kinder, die Ansprache brauchen, werden psychosozial betreut. Caritas international wird die Nothilfe für Geflüchtete auch in den Nachbarländern unterstützen.

STAND: 9.3. 2022

Kolpingwerk Deutschland

St.-Apern-Str. 32, 50667 Köln, Tel.: 0221 20701 138
www.kolping.de

Ukraine: Die Menschen brauchen dringend unsere Hilfe! Mit großer Bestürzung blickt die Welt auf die Ukraine. Unsere Gedanken gelten den Menschen dort, darunter rund 700 Kolpingschwestern und Kolpingbrüder.

Wir sind ihnen im Gebet und mit aktiver Unterstützung verbunden. Vasyl Savka von KOLPING Ukraine bittet dringend um unsere Hilfe. Gebraucht werden Geldspenden für Notunterkünfte, Lebensmittel für Geflüchtete und medizinisches Material.

Am Aschermittwoch werden Generalpräses Christoph Huber und Bundespräses Hans-Joachim Wahl am Grab Adolph Kolpings gemeinsam für den Frieden in der Ukraine beten.

Gemeinsam rufen sie auch zu Spenden auf. „Unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine ist dringend nötig. Bitte hilf mit Deiner Spende.“

Stichwort: „PFO-Ukraine“.

Kolping International Cooperation e.V.

DKM Darlehnskasse Münster

IBAN DE74 4006 0265 0001 3135 00

BIC: GENODEM1DKM

Weitere Informationen zum Projekt und zu Spendenmöglichkeiten findest Du » hier. Fragen beantwortet auch gerne die Spendenabteilung von KOLPING INTERNATIONAL unter Telefon (0221) 77 880-15.



Foto: www.kolping.de

SKF – Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Agnes-Neuhaus-Strasse 5, 44135 Dortmund

Tel.: 0231/55 70 26 -0, info@skf-zentrale.de www.skf-zentrale.de

EQUAL CARE DAY!

Sowohl die unbezahlte Sorgearbeit im eigenen Haushalt als auch die bezahlte Arbeit in den Bereichen soziale Arbeit, Pflege, Gesundheit und Erziehung wird nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet. Auf diese deutliche Schieflage zwischen den Geschlechtern macht der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) anlässlich des Equal Care Day am 01. März aufmerksam.

„In den zurückliegenden zwei Pandemie-Jahren waren in besonderer Weise Frauen gefordert und standen unter Druck“, betont Hildegard Eckert, SkF Bundesvorsitzende. Vor allem Frauen mussten die Doppelbelastung der Arbeit im Homeoffice und der schulischen Unterstützung der Kinder zu Hause meistern. Viele Frauen reduzieren auch heute noch ihre Arbeitszeit, weil die Kinderbetreuung anders nicht sichergestellt werden kann. Längst überholt geglaubte Rollenbilder und Geschlechterstereotype drohen sich so durch die Pandemie erneut zu verfestigen.

Auch die Leistung der Mitarbeiterinnen in Beratungsstel-

len und stationären und ambulanten Einrichtungen der Jugendhilfe wird unter den besonderen Herausforderungen der Pandemie von der Politik übersehen. „Die Mitarbeiterinnen in Jugendhilfeeinrichtungen oder Frauenhäusern können nicht im Homeoffice arbeiten und schon gar nicht die Einrichtungen schließen, wenn es Coronafälle gibt. Sie sind immer in Präsenz für die Kinder und Jugendlichen und die Frauen da“, so Eckert. Doch auch diese bezahlte Sorgearbeit bleibt im Rahmen der Coronapolitik weitgehend unsichtbar. Sie erhält kaum Aufmerksamkeit und Unterstützung in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung.

Der SkF fordert die Anerkennung der Leistungen der Sorgearbeit im privaten und beruflichen Bereich. „Nur wenn es gelingt, die Aufgaben im Haushalt und in der Kinderbetreuung gleichmäßig auf beide Partner zu verteilen und Sorgearbeit genauso zu honorieren wie die Produktion von Gütern, gibt es eine echte Chance auf Geschlechtergerechtigkeit“, macht Eckert deutlich.

WEIBLICHE GENITALVERSTÜMMELUNG

Zum internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar forderten der Deutsche Caritasverband und seine Fachverbände IN VIA Deutschland und der Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein (SkF), dass endlich alles getan werden muss, um gegen Genitalverstümmelung vorzugehen. Präventive Angebote, Beratung und medizinische Unterstützung für die Mädchen und Frauen in Deutschland sind auszubauen. "Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) muss Genitalverstümmelung im Asylverfahren als geschlechtsspezifischen Asylgrund anerkennen", so die Verbände.

Seit 2013 ist die Verstümmelung und Beschneidung weiblicher Genitalien in Deutschland ein eigener Straftatbestand. Ausweislich einer Erhebung des Bundesfamilienministeriums sind hierzulande 67 000 Mädchen und Frauen betroffen.

"Viele Frauen, die zu uns in die Beratung kommen, sprechen aufgrund der erlittenen Gewalt und Scham zunächst nicht über die Beschneidung. Es wird erst im Laufe des Gesprächs zum Thema", so Birgit Wetter-Kürten von der Beratungsstelle "esperanza" des SkF e.V. in Köln. "Wir informieren die betroffenen Frauen über ihre Rechte, begleiten sie und vermitteln medizinische Hilfen. Der Schutz von betroffenen Frauen und Mädchen und der Zugang zu medizinischen Hilfen gelingen nur, wenn qualifizierte Fachleute das Tabu brechen und über weibliche Genitalverstümmelung in achtsamer und kompe-

tenter Weise mit den betroffenen Frauen ins Gespräch kommen."

Gefährdete Mädchen können nur dann geschützt werden, wenn ihre Eltern erreicht und über die lebenslangen Folgen und rechtlichen Hintergründe von Genitalverstümmelung aufgeklärt werden. Hierzu bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit mit den verschiedenen Communities. Deren Angehörige haben mithilfe ihrer Sprachkenntnisse sowie aufgrund eigener Erfahrungen zumeist einen direkteren Zugang zu Frauen und Mädchen.

"Als eine Form geschlechtsspezifischer Verfolgung muss Genitalverstümmelung im Asylverfahren besser anerkannt werden. Das darf nicht nur für Frauen und Mädchen gelten, die vor einer bevorstehenden Beschneidung flüchten, sondern auch für bereits betroffene Frauen und ihre Kinder. Viele leiden psychisch und physisch heute noch unter den Folgen", erklärt Claire Deery, Fachanwältin für Migrationsrecht und Rechtsberaterin des Deutschen Caritasverbandes. Das Personal des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge müsse insgesamt für die Befragungen der Frauen besonders geschult werden. "Bei diesem weiter stark tabuisierten Thema ist ein aktives Ansprechen und sensibles Nachfragen notwendig. Denn viele der betroffenen Frauen wissen oftmals gar nicht, dass sie als besonders schutzwürdig gelten und dies in ihrem Asylverfahren eine Rolle spielt", so Deery.

Familienbund der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg

Erzbischöfliches Seelsorgeamt, Okenstr. 15, 79108 Freiburg, Tel.: 0761 5144-203,
familienbund@seelsorgeamt-freiburg.de, www.familienbund-freiburg.de

Musterklagen des Familienbunds für Beitragsgerechtigkeit für Familien in den Sozialversicherungen

DREHARBEITEN VOM RENTENSPIEL

„RENTE SICH WER KANN“

... UND ACTION!

So hieß es vor kurzem wieder mal für uns in Freiburg. Der SWR ist an uns und unseren Musterklagen für Beitragsgerechtigkeit für Familien in den Sozialversicherungen dran und alle sind natürlich ungeduldig, wann das Bundesverfassungsgericht endlich unsere Klagen zum Termin aufruft. So kam vom SWR die Anfrage, ob wir nicht mal wieder eine Aktion in der Öffentlichkeit machen könnten. Die sollte dann auch noch fernsehtauglich sein. Okay, ein kurzer Mailwechsel intern und dann war klar:

Wir spielen das Rentenspiel „Rente sich wer kann“ in der Innenstadt von Freiburg, auf kircheneigenem Gelände – dann brauchen wir nur zu fragen und keine Genehmigung. Wir sind mit Georg Zimmermann, Familie Günther, Lucia Gaschick und mir vertreten. Hoffentlich ist gutes Wetter!

Am Tag selber erst mal Regen. Fernsehwirksam packen wir unsere Utensilien auf zwei Fahrradanhänger. Alles wird gefilmt: Das Lager, das Aufladen und Festzurren, unsere Fahrt durch die Stadt bis zum Münsterforum. Dort angekommen hört der Regen auf! Und die anderen sind auch schon da: Familie Günther reist direkt aus Waldshut an, Georg Zimmermann aus Denzlingen, Lucia und ich mit dem Rad. Großes Hallo und dann packen alle an beim Aufbau: das Spiel, ein Pavillon, der C-Punkt hat Bistrotische für uns zum Ausleihen.

Die Kinder sind schnell beim Spielen dabei. Wie erwartet kommen nicht sehr viele Leute. Aber die, die kommen, sind ansprechbar: Ein Vater und sein Sohn, ein

Rentnerpaar, ein Hauptabteilungsleiter aus dem Ordinariat, eine Beamtin. Immer wieder andere. Da es wenige sind, bleibt Zeit zum Reden, Zuhören, Erklären. Dazwischen eine Mutter, die ihre verlorene Tochter sucht. Leider haben wir sie nicht gesehen. Auch Mitglieder aus Lucias Familie schauen vorbei und machen mit. Alles verfolgt mit der Kamera. Dann auch noch Einzelinterviews mit uns. Im Hintergrund wird gespielt, gesprochen. Wir reden mit den Leuten, verschenken Spiele in klein und unsere tollen Kulturbeutel. Es ist zwar kalt, aber die Laune gut und es regnet auch den ganzen Mittag nicht mehr.

Nach gut zwei Stunden ist genug gefilmt. Alle packen an, die Radanhänger werden wieder beladen. „Coole Aktion!“, sind sich alle einig. Und es tat uns gut, wieder mal zusammen zu kommen und was für unser Thema zu tun. So gehen wir auseinander. Wir sind gespannt auf die SWR-Doku. Und wenn das Bundesverfassungsgericht in diesem Jahr auch noch „zu Potte kommt“, haben wir nach mehr als 15 Jahren bei den Gerichten endlich das Ziel erreicht.

Stephan Schwär,
Sprecher Projektgruppe Musterklagen, DV Freiburg

Zum Zeitpunkt der Drucklegung ist der Sendetermin leider noch nicht bekannt.



Foto: Familienbund Freiburg

RECHTSECKE

KOOPERATIONSGEBOT IM WECHSELMODELL

Im vorliegenden Fall sind die Eltern geschieden und die Kinder leben bei der Mutter, sehen ihren Vater aber regelmäßig und häufig. Die Eltern haben das gemeinsame Sorgerecht. Der Vater möchte nun anders als die Mutter ein paritätisches Wechselmodell als Umgangsregelung. Das heißt, die Kinder leben jeweils eine Woche beim Vater und eine Woche bei der Mutter. Allerdings sind die beiden so verstritten, dass sie sich nicht auf Regeln im Umgang mit den Kindern einigen können.

Am Oberlandesgericht Dresden entschieden die Richter so: "Bei der Entscheidung über das Wechselmodell geht es nicht darum, die Erwartungen, Wünsche oder Rechte der Eltern zu regeln. Entscheidend ist, ob das Wechselmodell dem Wohl des Kindes dient. Das ist nur dann der Fall, wenn Vater und Mutter gut miteinander kommunizieren und kooperieren können."

Das Wechselmodell kommt hier also nicht in Frage.

KOMMISSION ZAHLTE 9,4 MILLI- ONEN EURO AN MISSBRAUCHS- OPFER

Die Unabhängige Kommission für Anerkennungsleistungen (UKA) hat im vergangenen Jahr knapp 9,4 Millionen Euro an Betroffene von Missbrauch in der katholischen Kirche ausgezahlt. Wie aus dem am Freitag in Bonn vorgestellten ersten Jahresbericht des Gremiums hervorgeht, gingen zwischen Januar und Dezember 2021 exakt 1.565 Anträge ein. Davon weist der Bericht 616 als erledigt aus, 949 blieben in diesem Zeitraum noch unerledigt.

FAMILIENMINISTERIN HÄLT IMPFPFLICHT AB 18 FÜR NOTWENDIG

Bundesfamilienministerin Anne Spiegel hält in der Corona-Pandemie die Einführung einer Impfpflicht für Erwachsene für dringend notwendig. "Wir haben viel versucht, die Menschen über Impfkampagnen und niedrigschwellige Angebote zu erreichen. Aber da sind wir inzwischen am Ende der Fahnenstange angekommen", sagte Spiegel. "Um die Impfquote weiter zu steigern, brauchen wir die Impfpflicht ab 18."

Die sinkenden Infektionszahlen seien für sie kein Grund, von der geplanten Impfpflicht abzurücken: "Wir dürfen uns von den zurückgehenden Fallzahlen nicht täuschen lassen, sondern müssen damit rechnen, dass auch zukünftig gefährliche Mutationen unterwegs sind. Die können uns einen schweren Herbst und Winter bescheren, wenn wir nicht die Impfquote deutlich erhöhen", so die Grünen-Politikerin.

LINKE FORDERT BESSERE FINANZIELLE ABSICHERUNG VON WAISEN

Die Linke im Bundestag fordert eine Rentenreform zur besseren finanziellen Absicherung von Waisen. Neben abhängig Beschäftigten müssten auch Selbstständige und Freiberufler verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, damit im Todesfall ihre hinterbliebenen Kinder Anspruch auf Waisenrente haben, sagte der Rentenexperte der Linken, Matthias W. Birkwald, den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Ziel müsse es sein, auch diesen Menschen beziehungsweise ihren Familien den umfassenden Schutz der gesetzlichen Rente zu bieten. Dafür brauche es "die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle Menschen mit Erwerbseinkommen einzahlen", erklärte Birkwald. Die Waisenrente sei "ein wichtiger Baustein, um junge Menschen bis zum Alter von 27 Jahren in einer schwierigen Lebenssituation zu unterstützen".

Derzeit erhalten in Deutschland nur diejenigen Waisen automatisch eine gesetzliche Hinterbliebenenrente, bei denen mindestens ein Elternteil zu Lebzeiten für mindestens fünf Jahre in die Rentenversicherung eingezahlt hat.

#OUTINCHURCH ZIEHT ERSTE ZWISCHENBILANZ

Die Initiative #OutInChurch zieht eine erste Zwischenbilanz zum öffentlichen Umgang kirchlicher Mitarbeitender über ihre sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität. In etwa der Hälfte der deutschen Bistümer soll es keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen für queere Mitarbeitende mehr geben, erklärte die Initiative in einem Statement auf der Plattform change.org. Eine Petition zur Aktion verzeichnet aktuell rund 140.000 Unterschriften. Insgesamt 125 Kirchenmitarbeitende gaben sich im Januar im Rahmen der Initiative öffentlich als queer - also als Teil einer sexuellen Minderheit - zu erkennen. Damit wurde eine Debatte um das kirchliche Arbeitsrecht ausgelöst. Die Kirche kann von ihren Mitarbeitenden sogenannte Loyalitätspflichten einfordern - so müssen etwa die Grundsätze der katholischen Glaubens- und Sittenlehre anerkannt und beachtet werden. Für Menschen, die in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leben, besteht das Risiko einer Kündigung. Seitdem mehren sich die Stimmen, die für eine Liberalisierung des Arbeitsrechts werben. Einige Bistümer verpflichteten sich selbst, keine dienstrechtlichen Schritte für queere Mitarbeitende vornehmen zu wollen. Zuletzt forderten elf Generalvikare, also Leiter der zentralen Verwaltungsbehörde eines Bistums, entsprechende Konsequenzen sofort auszusetzen und das Arbeitsrecht zu reformieren.

Die Initiative stellt in ihrem Statement jedoch auch Nachholbedarf fest. Viele der positiven Reaktionen bezögen sich oft nur auf homosexuelle Menschen. Die Situation von Menschen, deren geschlechtliche Identität nicht gängigen gesellschaftlichen Vorstellungen entspreche, werde jedoch kaum erwähnt.

SOZIALVERBAND KRITISIERT GEPLANTEN HEIZKOSTENZUSCHUSS

VdK-Präsidentin Verena Bentele kritisierte, dass der Betrag zu niedrig sei und zudem Menschen mit geringem Einkommen ohne Anspruch auf Wohngeld nicht berücksichtigt.

Die Bundesregierung hatte die einmalige Hilfe im Kabinett beschlossen und eine entsprechende Formulierungshilfe auf den Weg gebracht. Mit dem Zuschlag sollen demnach steigende Preise für Heizöl und Gas etwas abgefedert werden. Hierfür soll der Zuschuss im Sommer fließen. Profitieren sollen davon unter anderem Wohngeldbezieher sowie Studenten, die BAföG-Leistungen erhalten. Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) erklärte dazu, rund 2,1 Millionen Menschen in Deutschland erhielten ab Juni diesen Zuschuss. Wohngeldbezieher, die allein leben, bekommen dann 135 Euro, Zwei-Personen-Haushalte 175 Euro. Für jeden weiteren Mitbewohner sind noch einmal 35 Euro vorgesehen. Studenten, Auszubildende und andere Berechtigte erhalten dagegen pauschal 115 Euro.

KATHOLIKEN SETZEN REFORMKURS FORT

Das katholische Reformvorhaben Synodaler Weg hat seinen Reformkurs fortgesetzt. Mit großer Mehrheit sprach sich die Versammlung für eine Modernisierung der kirchlichen Sexualmoral aus. Die 200 Teilnehmenden verlangten eine andere Haltung zu Empfängnisverhütung und Homosexualität. Papst Franziskus wird empfohlen, eine "lehramtliche Präzisierung und Neubewertung der Homosexualität" vorzunehmen. Ausgelebte gleichgeschlechtliche Sexualität sei keine Sünde und "ist nicht als in sich schlecht zu beurteilen". In der Debatte herrschte Einigkeit, dass es keine Diskriminierung Homosexueller geben dürfe.

Mit Blick auf Empfängnisverhütung, die nach katholischer Lehre nur sehr eingeschränkt erlaubt ist, wird betont: "Dass die Zeugung eines Kindes niemals als Unglück bewertet werden muss und darf, bleibt der hohe Wert, den die Kirche aus ihrem Menschenbild heraus vertritt, auch wenn sie keine Festlegung auf bestimmte Methoden der Empfängnisverhütung verlangt."

Der Synodale Weg fordert ebenfalls, Segensfeiern für alle Liebespaare zu ermöglichen. Auch Homosexuelle und zivil wiederverheiratete Geschiedene sollen ihre Beziehung segnen lassen können. Konservativere Kritiker warnten davor, die Lehre zu entwerten. Mehrere Bischöfe warnten vor einem Bruch mit der kirchlichen Lehre.

SCHULE IN DER PANDEMIE: "DIE SITUATION IST UNERTRÄGLICH"

Schülerinnen und Schüler aus ganz Deutschland fordern in einem Protestbrief die Bundesregierung auf, den Unterricht für sie sicherer zu machen. "Die Situation an unseren Schulen ist nach zwei Jahren unerträglich geworden", heißt es in dem zweiseitigen Schreiben, das an Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP), Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) und die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Karin Prien (CDU), adressiert ist. Fast 100 Schulsprecher und mehrere Landesschülervertreter haben den Brief unterzeichnet, in einer Petition werden weitere Unterschriften gesammelt. Sie fordern bessere Schutzmaßnahmen an Schulen, kostenlose FFP2-Masken und Luftfilter in allen Räumen. Letztere wurden in einer Leitlinie des Robert-Koch-Instituts empfohlen, aber nicht überall umgesetzt. Außerdem wollen sie, dass die Präsenzpflicht bundesweit ausgesetzt wird, Schnelltests durch PCR-Pooltests ersetzt werden und der Prüfungsstoff in den Abschlussjahrgängen reduziert wird. Die Diskussion über die psychische und körperliche Gesundheit solle "ehrlich und öffentlich" geführt werden, mit den Schülern, nicht wie bisher über ihre Köpfe hinweg. "Wir wollen lernen, aber Schulen sind aktuell keine sicheren Orte mehr dafür", sagt Anjo Genow, Berliner Schulsprecher und Mitglied des Landesschülerausschusses, der den Brief initiiert und mitverfasst hat. "Es muss jetzt schnell etwas passieren."

RÜCKBLICK



UNICEF IN DER UKRAINE

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen zeigt sich "zutiefst besorgt", dass der russische Angriff auf die Ukraine das Überleben und Wohlergehen der 7,5 Millionen Kinder des Landes unmittelbar bedroht. Der schwere Beschuss von Gebieten entlang der sogenannten Kontaktlinie habe bereits zu Beschädigungen von Wasserinfrastruktur und Bildungseinrichtungen geführt, sagte Unicef-Exekutivdirektorin Catherine M. Russel in New York.

"Wenn die Kampfhandlungen nicht aufhören, könnten Zehntausende Familien aus ihrem Zuhause vertrieben werden." Dies würde die humanitäre Lage dramatisch verschärfen. Die vergangenen acht Jahre des Konflikts hätten den Kindern auf beiden Seiten der Kontaktlinie schweren und dauerhaften Schaden zugefügt, betonte Russel. "Sie brauchen dringend Frieden, und zwar jetzt."

IMMER WENIGER HALTEN DEUTSCHLAND FÜR KINDERFREUNDLICH

Laut der Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks sagten 48 Prozent der Befragten, Deutschland sei ein kinderfreundliches Land. Das seien acht Prozentpunkte weniger als vor vier Jahren und zehn Prozentpunkte weniger als vor sieben Jahren. Weiter heißt es dort, dass 92 Prozent der Befragten es als sehr wichtig oder wichtig ansehen, die Interessen von Kindern auch in Krisenzeiten wie der Corona-Pandemie zu berücksichtigen. Dass dies tatsächlich erfüllt wird, meinen danach hingegen nur 17 Prozent. Große Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit gebe es auch bei der Frage nach der Bekämpfung der Kinderarmut in Deutschland und beim Schutz von Kindern vor Gewalt. Außerdem sieht laut der Umfrage fast die Hälfte der Befragten Probleme bei der Umsetzung des Anspruchs auf ausreichend Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder.

"GELD LÄSST RUHIGER SCHLAFEN, DAS HAB` ICH ERLEBT"

Vereinbarkeit zwischen Mutterschaft und Beruf
aus klassensensibler Perspektive

Wie wirkt sich die Klassenzugehörigkeit von Frauen auf ihr Leben als Mütter aus? Welche Auswirkungen hat es, dass Familienpolitik häufig genau jene Familien(modelle) fördert, die sie hervorbringen will? Gilt für alle Frauen heute, dass Berufstätigkeit kein Problem ist? Fiona Kalkstein zeigt in ihrer Untersuchung, wie die Klassenzugehörigkeit der Frauen sich immer wieder als materielle Grenze manifestiert, die es ihnen nahezu unmöglich macht, als Mütter dauerhaft finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Parallel dazu werden die Strategien einiger Frauen herausgestellt, sich bewusst von gesellschaftlichen Normen abzuwenden, um ihnen eigene Praxen der (Un-)Vereinbarkeit entgegenzusetzen, die näher an der eigenen Lebensrealität sind. Diese Studie ist ein wichtiger Beitrag in der Debatte um Vereinbarkeit von Familie und Beruf in puncto Klasse.

Fiona Kalkstein
"Geld lässt ruhiger schlafen, das hab` ich erlebt".
Vereinbarkeit zwischen Mutterschaft und Beruf aus klassensensibler Perspektive.

Alma Marta, Hamburg
2021. 472 S., 36 Euro.



PARITÄT JETZT! WIDER DIE UNGLEICHHEIT VON FRAUEN UND MÄNNERN. EINE STREITSCHRIFT

»Männer und Frauen sind gleichberechtigt.« Dieser Satz wurde vor über 70 Jahren im Grundgesetz verankert, aber politisch fehlt bis heute der Wille zur konsequenten Umsetzung. Rita Süßmuth kämpft gegen die Folgen der Ungleichheit, erklärt ihre historischen Wurzeln und sagt, was geschehen muss für eine bessere Zukunft. »Wir Frauen«, so die ehemalige Bundestagspräsidentin, »wurden immer schon gebraucht, aber mit unseren Fähigkeiten und Kompetenzen nicht anerkannt.«

Von 1918–1987 gab es im Parlament nie einen Frauenanteil über 10 Prozent. Das Wahlrecht wurde gegeben und in Teilen wieder genommen, Berufswege wurden erweitert und wieder eingeschränkt, die Quote mühsamst durchgesetzt und nicht beachtet. Parität muss das Ziel heißen – dafür streitet Rita Süßmuth seit vielen Jahren. Und in den aktuellen existenziellen Krisen wird die Ungleichheit der Lebenschancen größer. Jeden Tag werden wir konfrontiert mit der Ungleichheit von Frauen und Männern – bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dem viel zu hohen Anteil von Frauen in Teilzeit mit negativen Konsequenzen für Einkommen, Alterssicherung und beruflichen Aufstieg sowie dem hohen Frauenanteil bei den Schwächeren unserer Gesellschaft.

Rita Süßmuth
Parität jetzt!

Dietz Verlag, Berlin 2022.
128 S., br.,
16,80 Euro.



DIE ERSCHÖPFUNG DER FRAUEN. WIDER DIE WEIBLICHE VERFÜGBARKEIT

In unserer Gesellschaft wird Weiblichkeit gleichgesetzt mit Fürsorglichkeit. Frauen sind, ob in der Familie, in Beziehungen oder im Beruf, zuständig für emotionale Zuwendung, für Harmonie, Trost und Beziehungsarbeit - für Tätigkeiten also, die unsichtbar sind und kaum Anerkennung oder Bezahlung erfahren. Es sind diese allgegenwärtigen Ansprüche, die Frauen in die Erschöpfung treiben. Denn - deklariert als "weibliche Natur" - ist die geleistete Sorgearbeit meist wenig anerkannt und bleibt unsichtbar. Sie gilt ökonomisch als irrelevant und ist gerade deshalb ausbeutbar. Das Buch zeigt, dass die Verfügbarkeitsansprüche für unterschiedliche Frauen Unterschiedliches bedeuten, die Verausgabung hat unterschiedliche Ausmaße und unterschiedliche Ursachen.

Franziska Schutzbach
Die Erschöpfung der Frauen
Wider die weibliche Verfügbarkeit

Suhrkamp Verlag, Berlin
2021. 253 S., br.,
15 Euro.



FRAUEN IN DER EINEN WELT FEMINISTISCHE PERSPEKTIVEN

In fünf Kapiteln betrachten Autor/innen aus verschiedenen Kontinenten Themen rund um die Rolle der Frauen. Sie schildern ihre Missachtung, widmen sich im jeweiligen kontinentalen Kontext Frauen der Bibel und großen Frauengestalten, behandeln das Thema weiblicher Spiritualität und entwickeln die Vision einer Welt und einer Kirche, in der Frauen anders leben können.

Mit Beiträgen von Nancy E. Bedford, Agnes M. Brazal, Silvia Regina de Lima Silva, Margit Eckholt, Anne Béatrice Faye, Judette A. Gallares, Miriam Leidinger, Mary John Mananzan, Nazik Khalid Sr. Matty OP, Veneranda Mbabazi, Fulata Lusungu Moyo, Joséé Ngalula, Ursula Nothelle-Wildfeuer, Angélica Otazú, Sabine Pemsel-Maier, Virginia Saldahna, Olga Consuelo Vélez Caro, Gunda Werner

Klaus Vellguth (Hg.)
Frauen in der Einen Welt
Feministische Perspektiven. Theologie der einen Welt

Verlag Herder, Freiburg
2021. 344 S., gb.,
28,00 Euro.



FRAUEN UND KINDER ZULETZT

In Krisen zeigt sich, wie eine Gesellschaft funktioniert: Wer setzt sich durch? Wer bleibt zurück?

Corona hat nicht nur die Gesundheit der Menschen angegriffen, sondern unsere Gesellschaft auf die Probe gestellt. Am Anfang hieß es: Wir sitzen alle im selben Boot. Doch von Solidarität war bald nichts mehr zu spüren. Die im Grundgesetz verankerte Gleichheit aller wurde über Bord geworfen. Wieder einmal zeigte sich: Krisen gehen zu Lasten von Frauen und Kindern. Welche Ursachen sind dafür verantwortlich? Warum geraten unsere Werte so leicht ins Wanken? Was läuft falsch in der Politik? Sabine Rennefanz wertet aktuelle Studien aus, nimmt politische Einordnungen vor und erzählt von eigenen Erfahrungen als Frau und Mutter zweier Kinder. Ein aufrüttelndes und wegweisendes Buch - für gesellschaftliche Gerechtigkeit, Solidarität zwischen den Generationen und eine nachhaltige Politik für Kinder.

Sabine Rennefanz
Frauen und Kinder zuletzt.
Wie Krisen gesellschaftliche Gerechtigkeit herausfordern

Ch. Links Verlag, Berlin
2022. 144 S., br.,
18 Euro.



Folgen Sie dem Präsidenten des Familienbundes der Katholiken auf Twitter
@praesidentfdk – Ihr direkter Draht zu unseren familien-, sozialpolitischen und kirchlichen Themen!

FRAGEN AN JULIA HERTLEIN

- 1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?**
(lange) Ausschlafen können...
- 2. Wer hat Sie geprägt?**
Meine Eltern
In intellektueller Hinsicht: Pierre Bourdieu
- 3. Als Kind wollte ich immer ...**
Opernsängerin oder Ballerina werden :)
- 4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?**
Mutter zu werden
- 5. Wozu können Sie nicht nein sagen?**
Zu italienischer Pizza mit Mozzarella und frischem Basilikum
- 6. Eine der besten Erfindungen ist ...**
das Internet.
- 7. Ihre liebste Bibelstelle?**
„Denn Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft und der Liebe und der Besonnenheit“ (2. Timotheus 1,7)
- 8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?**
In guter Gesellschaft (z.B. Alters-WG) an einem warmen Ort mit funktionierender Gesundheitsversorgung
- 9. Was ist für Sie „zu Hause“?**
Meine Freunde und meine Familie in Österreich
- 10. Wenn Sie Bundeskanzlerin wären, was würden Sie als erstes tun?**
Den Etat für das gesamte Hilfesystem im Anti-Gewaltbereich massiv aufstocken (z.B. für Personalstellen in Frauenhäusern, Beratungsstellen) sowie in den Ausbau von Täterarbeit und Prävention investieren.
- 11. Bitte vervollständigen Sie den Satz:
„Familie bedeutet für mich ...**
sich wohlfühlen, lachen, sich kümmern, kochen, Spannungen aushalten, Probleme lösen, eine gemeinsame Geschichte haben...



Prof. Dr. Julia Hertlein
Professorin für Soziologie
an der Katholischen Hochschule
für Sozialwesen, Berlin

<https://www.khsb-berlin.de/de/profile-personal/3993>